

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

10.10.1923 (No. 235)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Str. 14
Brennpfeiler:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Schriftleiter
C. Amend
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert für 2.—13. Oktober 45 000 000 M. — Einzelnummer 10 000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Schlusssatz heute 200 000. Belege und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künftige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigebestellung, zwangswiseiger Beirerung und Kontostromrechnungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Ankerent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsfrist erfolgen.

Kommunistische Staatsstreichgelüste

III.

Wir haben gestern und vorgestern gezeigt, in welcher umfangreicher „Aufbauarbeit“ zum Sturz der jetzigen Verfassung die kommunistische Partei a. B. begriffen ist. Obwohl das vorliegende Material die Möglichkeit bietet, die einzelnen Details der kommunistischen Bewegung noch näher darzulegen, verzichten wir für heute darauf, um uns anderen Beobachtungen zuzuwenden. Die Kommunisten wollen nicht nur erst, wenn sie die Herrschaft fest in der Hand haben, regieren; sie wollen jetzt schon in das Vertriebe der Staatsverwaltung aus eigener Machtentstehung eingreifen. So sollen a. B. die Unterausschüsse III der Kontrollausschüsse einen interparteilichen Nachrichtenendienst aus Arbeitenden einrichten, der solange nebenamtlich versehen werden soll, bis die anstehende Finanzierung durch die Regierungsstellen durchgeföhrt ist. Eventuell will man auch mit verlässlichen Elementen der Kriminalpolizei zusammenarbeiten. Besondere Beachtung soll hierbei den reaktionären Presseorganen geteilt werden. Um dieser Arbeit den nötigen Nachdruck zu verleihen, wurde schließlich in den ersten Septembertagen in ganz Baden insbesondere aber in Oberbaden eine lebhaft propagandistische Kampagne entfaltet. Der in Baden bekannte frühere sozialdemokratische, jetzt kommunistische Reichstagsabgeordnete Eichhorn wurde als besonderes Zugvögel verwendet. Da und dort im Lande spielten, genau wie die Nationalsozialisten, kommunistische Arbeiter Sodalitäten. Waren die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so außerordentlich schwierig, die Not und das Elend infolge der fortwährenden Geldentwertung nicht so ungeheuerlich groß, hätten die Menschen genügend zu essen, dann würden diese kommunistischen „Hausbesitzer“ die allgegenwärtigen Kriegerberiberer abgeben. Man bespöht den Militarismus, man schimpft über die Polizei und läßt dann selbst mit dem Leberriemen um den Bauch durch die Straßen oder kriecht wie die Gule bei Nacht irgendwo in verstaubtem Gelände schwächelnd herum; das Alles, um sich für die „große Aktion“ vorzubereiten!

Auch im Werratal am Mittelal an der Schweizer Grenze und im Werratal war solches zu beobachten. In dieser Gegend unseres Landes ist die Textilindustrie zu Hause. Diese bleibt mit ihren Löhnen immer weit gegenüber den von den übrigen Industrien bezahlten Löhnen zurück. Die Löhne der badischen Textilindustrie sind zwar immer noch höher als diejenigen, welche in Württemberg den Textilarbeitern gegeben werden und immer noch sehr viel höher wie die bayerischen Textilarbeiterlöhne. Die badische Textilindustrie vermag oft bei der Anwendung dieser Vergleiche, um wieviel billiger die Existenzverhältnisse in Württemberg und insbesondere in Bayern sind, und sie vermag auch, soweit die Frage der Konkurrenz in Betracht kommt, daß der badischen Textilindustrie durch ihre Lage gegenüber der bayerischen und württembergischen gewisse Vorteile zufließen.

Als in der ersten Hälfte des September die Marktentwertung in geradezu katastrophaler Weise in die Erscheinung trat, kamen für die Textilindustrie noch Tarifabschlüsse zustande, die den veränderten Lebensverhältnissen in keiner Weise Rechnung zeigten. Hier setzte nun die kommunistische Propaganda ein. Die Kommunisten fanden bei den Textilarbeitern sehr schnell den erwünschten Resonanzboden. Die Betriebsräte wurden dazu verleitet, ihre gewerkschaftlichen Funktionen beiseite zu schieben und nach russischer Methode mit den Unternehmern zu verhandeln. Zu diesem Zweck kamen schließlich am 13. September die Bauarbeiter von Weil-Leopoldsdörfer, mit Knüppeln bewaffnet, nach Lörrach, wo diese ganz organisationsmäßig sich in kleine Gruppen auflösten und in die offenbar schon vorher genau bezeichneten Betriebe eindrangen und die Textilarbeiter zur Arbeitsniederlegung und zur Demonstration auf der Straße zwangen? Warum gerade die Bauarbeiter von Weil-Leopoldsdörfer? Diese aus allen Gauen zusammengedungenen Leute verrichten ihre Arbeit unter sehr erschwerten wohnlichen Verhältnissen. Die Bauunternehmer von Weil-Leopoldsdörfer, die im Auftrag der Eisenbahndirektion eine große Anzahl Wohnhäuser für die jetzt noch in Basel wohnenden Eisenbahnangestellten zu erstellen haben, kümmerten sich zu wenig um eine verständige Wohnpolitik und Ernährungsfürsorge für die Bauarbeiter. Das hat wiederholt zu wilden Ausständen geführt, für welche insbesondere die in Gallingen beschäftigten Eisenbahner Geldmittel aufbrachten, denen es natürlich recht unangenehm ist, ihren Wohnsitz in Basel aufgeben zu müssen, weil sie, solange Basel ihr Wohnort ist, von der Bahn in Frankenwäherung entloht werden. Daraus ergibt sich, warum die Bauarbeiter von Leopoldsdörfer Sturmtruppen für die kommunistische Lohnpolitik in der Textilindustrie werden konnten. Es ist hierbei nicht anzunehmen, daß diese Bauarbeiter, ohne

gerufen worden zu sein, ihren Marsch durch das Eisenbahntunnel nach Lörrach antreten.

Wie es bei derartigen wilden Demonstrationen in der Regel der Fall ist, gab es auch hier schwere Ausschreitungen. Ein Teil der Demonstranten zogen die Gefängnisverwaltung, für eine Anzahl Gefangener die Tore zu öffnen. Infolge dieser Vorgänge riefen die lokalen Behörden in Lörrach selbstverständlich die Regierung um Hilfe an. Die bereits am 13. September von Freiburg aus in Marsch gesetzte Sicherheitspolizei wurde schließlich wieder zurückgezogen, als sich der Aufbruch an diesem Tag wieder gelegt hatte. Als dann aber von der Justizbehörde die Frage der Einbringung der befreiten Gefangenen und der Festnahme der Leute, welche sich schwere Vergehen hatten zuschulden kommen lassen, ventiliert werden mußte, ging die übereinstimmende Auffassung dahin, daß angesichts der kommunistischen Verheerung der Arbeitermassen die Justiz ihre Aufgabe nur dann lösen könne, wenn sie von der Polizei genügend unterstützt werde. Einzig aus diesem Grunde kam dann am 16. September die polizeiliche Verklärung nach Lörrach. Um die Frage, ob die Unternehmer die ihnen abgepreßten Lohnzustände zu leisten imstande wären, hatten sich die Verwaltungsbehörden nicht im geringsten gekümmert. Die Unternehmer haben den Schutz des Staates nicht angerufen; die Verwaltungsbehörden haben von sich aus zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Es war somit eine unerhörte Ungeheuerlichkeit, den Arbeitern, wie es von den Kommunisten geschah, zu sagen, es sollten ihnen mit Hilfe der Polizei die zugestandenen Lohnzulagen wieder entzogen werden. Der Aufruf an die Arbeiter, hierwegen in den Generalstreik einzutreten, war in Wirklichkeit der Versuch, mit der Staatsgewalt die Kraft zu messen. Oder sollten die Kommunistenführer in Lörrach gar Sorge gehabt haben, daß ihr in diesen Tagen erst erzwungenes Prestige wieder verloren gehe? Wie dem auch sei, der Beschluß, den Generalstreik auszurufen, führte in verschiedenen Orten am Oberrhein zu ganz wilden Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten. Die besonnene Arbeiterschaft wird nach und nach erfahren, was alles passiert ist, und sie wird auch schließlich aus den Gerichtssälen hören, daß die Regierung geradezu sträflich gehandelt hätte, wenn sie derartigen Ausschreitungen gegenüber sich völlig passiv verhalten hätte. In Wehr a. B. rückte man in soldatischer und geheimbundsähnlicher Aufmachung gegen die Gemeindeverwaltung und ihre Organe vor, weil diese versuchte, ihre im Wald zu Holzansammlungen lagernde Sprengmittel an einen sicheren Ort zu bringen. Mit vorgehaltenem Revolver wurde dem Bürgermeister, nachdem man ihn tödlich mißhandelt hatte, das eidliche Versprechen abgenommen, von diesem Gewaltakt nichts weiter zu erzählen. Die kommunistischen Teilnehmer deselben mußten ihrem Führer auf den Sowjetstern einen Eid leisten, über das Verbotnis völliges Stillschweigen zu bewahren. In Wehr wurden auch Dynamitbomben hergestellt, von denen einige in Lörrach gegen die Polizei Verwendung fanden.

Ähnlich wie in Wehr, wenn auch nicht gar so schlimm, ging es in Schopfheim zu. Der Amtsvorstand und ein Unternehmer wurden von hier als Geiseln nach Lörrach geführt. Den Amtsvorstand ließ man schließlich wieder laufen, der Unternehmer aber wurde in der schimpflichsten Weise mißhandelt, körperlich verbeut und schließlich in ein vom allgemeinen Verkehr abgelegenes Wohnhaus verbracht, von wo aus er in einen Wald verschleppt werden sollte, um dort sein Verhalten in Lohnfragen mit dem Tode zu büßen.

Die Elektrizitätswerke in Wülshen und in Rheinfelden mußten die nach badischen Gemeinden und nach dem Elsaß laufenden Stromleitungen abstellen. Die nach dem Elsaß gehende Stromleitung mußte mit dem ausdrücklichen Wemerten der Abstellführer ausgeschaltet werden, um zu erreichen, daß hierwegen die Franzosen nach Baden einrückten. Auf diese Weise hoffte man nämlich die Sicherheitspolizei von Lörrach fortbringen zu können.

Was würden die guten Leute wohl eine Ermächtigung bekommen haben, wenn französische Soldaten ihnen gegenüberstanden! Was dann aber auch sonst weiter für die Industrie und die Arbeiterschaft geworden wäre, darüber haben sich die kommunistischen Schreier wohl kein Urteil bilden können.

Das Ermächtigungsgesetz vor dem Reichstag

Der Reichstag hat am Dienstag in einer Sitzung, die wiederum bis in die späten Abendstunden dauerte, das Ermächtigungsgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen. Da sowohl die Kommunisten wie die Deutschnationalen gegen die Vorname der dritten Lesung am Mittwoch geschäftsbordungsmäßig protestierten, dürfte das Ermächtigungsgesetz frühestens am morgigen Donnerstag zur endgültigen Annahme gelangen.

Deutscher Reichstag

B. L. B. Berlin, 9. Oktober

Beginn nachmittags 2 Uhr. — Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes in Verbindung mit einem Antrag Schiffer (Dem.), der Besetzung verlangt zum Abbau der Beamtenschaft, zur Reorganisation der Justiz und der Reichsverwaltung, zur Vereinfachung der Reichsministerialverwaltung und des Geschäftsganges des Reichstages.

Abg. Dr. Helfferich (Dt. Volk.) beantragt Überweisung des Ermächtigungsgesetzes an einen Ausschuß. Ein so wichtiges Gesetz dürfe nicht über das Knie gebracht werden. (Zustimmung bei den Kommunisten; Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schiffer (Dem.) stimmt dem Ermächtigungsgesetz zu und ist gegen eine Ausschußberatung. Hier handele es sich um eine dringende Angelegenheit, die nicht verzögert werden dürfe. Auch die Demokraten hätten einige Bedenken, besonders über den zweiten Artikel, der die Geltung des Gesetzes von der Zusammenkunft des Kabinetts abhängig machen will. Sie würden aber diese Bedenken nicht zum Anlaß einer Verzögerung benutzen. Nur den Vortritt des Vaterlandes zu vermeiden, müßte das Parlament mit einer Beschränkung seiner Vorurteile einverstanden sein.

Abg. Fröhlich (Komm.) steht in dem Ermächtigungsgesetz die Aufhebung des Parlamentarismus, den Tod der Demokratie und den Beginn der Diktatur. Der Redner richtet heftige Angriffe gegen Stinnes, der mit den Franzosen verhandelt.

Abg. Müller-Frank (Soz.) teilt mit, daß die Sozialdemokratie bereit sei, das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, weil jetzt der letzte Versuch gemacht werden müsse, die rasch zum Abgrund gleitenden Verhältnisse zu meistern. Dazu gehöre auch die Währungsreform, die allerdings nur Erfolg haben könne, wenn das Budget in Ordnung gebracht werde. Der Otto Wolf-Vertrag mit General Degoutte sei der schwerste Eingriff in die Regelung der Reparationsfrage, die ausschließlich Sache der Regierung sei.

Abg. Andree (Zentr.) weist darauf hin, daß sich der deutsch-nationale Abg. Graf-Hüringen für die Diktatur ausgesprochen habe.

Abg. Hugo (Dt. V.P.) stimmt dem Gesetz nicht vom Standpunkt der Partei, sondern von dem des Vaterlandes zu.

Abg. Wulle (Dt. Volk.) betont, daß Stresemann sich erst am 10. August mit aller Schärfe gegen den Gedanken der Diktatur gewandt habe.

Reichsminister des Innern, Dr. Solfmann:

Der Antrag Schiffer soll der Regierung überwiesen werden. Sie wird die in ihm enthaltenen wertvollen Anregungen ernsthaft prüfen. Wir verkennen nicht die Bedenken, die in allen Parteien gegen ein solches Ermächtigungsgesetz bestehen können. Wir erbitten aber die Zustimmung ohne Ausschußberatung, weil in dieser kritischen Zeit in Deutschland vor allem rasch gehandelt werden muß. Von einem Bankrott des Parlamentarismus kann keine Rede sein. Die aus verschiedenen Parteien zusammengesetzte Regierung untersteht der Kontrolle des Reichstages, der sie jeden Augenblick mit 2/3 Mehrheit beiseitigen kann. Im Namen der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung abzugeben: „Die Herren Stinnes, Bögeler und Klotzner haben im Auftrage des bergbaulichen Vereines und in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen Verhandlungen mit General Degoutte aufgenommen. Ihre Absicht, vor der Abreise zu diesen Verhandlungen mit dem Reichskanzler Rücksprache zu nehmen, kam nicht zur Ausführung, weil der Reichskanzler wegen der Regierungskrise die Herren nicht empfangen konnte, als sie in der Reichskanzlei erschienen. Nach der Rückkehr von ihren Verhandlungen berichteten die Herren an den Reichskanzler unterzüglich über das Ergebnis. Die heute in der Presse veröffentlichten zehn Fragen sind am Sonntag in Verbindung mit zahlreichen anderen Material übergeben worden und konnten bis zur Stunde weder von den beteiligten Ressorts noch vom Gesamtkabinett durchberaten oder gar zur Unterlage von Entscheidungen gemacht werden. Die Reichsregierung konnte bisher zu den aufgeworfenen schwerwiegenden Fragen auch aus dem Grunde keine Stellung nehmen, weil die diplomatischen Vertreter des Reiches in Paris und Brüssel Anweisungen erhalten haben, eine Meinungsäußerung der dortigen Regierungen über die mit der Arbeitsaufnahme an Rhein und Ruhr zusammenhängenden Fragen herbeizuführen und die Berichterstattung hierüber zunächst abgewartet werden muß. Der Minister richtet nochmals an das Haus die Bitte, ohne Verzögerung dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, damit der Weg zum rettenden Ufer frei werde (Beifall).“

Die Abg. Albers (D. Hannover.) und Fehr (Wahr. Bauernbund), ebenso Ledebour (W.P.) lehnen das Ermächtigungsgesetz ab.

Abg. Wulle (Dt. Volk.): Die Bevölkerung der Insel Vorkum habe sich über kommunistischen Terror beklagt und in einem Telegramm erklärt, wenn kein Wandel eintrete, werde man sich unter holländischen Schutz stellen (Große Unruhe). Als Abgeordneter sei er verpflichtet gewesen, dieses Telegramm sofort an das Innenministerium weiterzuleiten. Der kommunistische Terror sei trotzdem weitergegangen.

Minister des Innern Solfmann: Dieses hochverehrte Telegramm ist vom Abg. Wulle dem Ministerium ohne ein Wort des Widerspruches übergeben worden (Lärm bei den Deutschvölkischen und Kommunisten).

Der Bayerische Gesandte v. Preser wiederholt hierauf unter stürmischen Beifallsbezeugungen der Deutschnationalen und Völkischen die schon im Reichsrat abgegebene Erklärung, die bayerische Regierung könne dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen. Sie trägt Bedenken, in die Hand der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so wichtige Vollmachten zu legen, wie sie in diesem Entwurf enthalten sind, zumal sie sich nicht einmal auf diejenigen Gebiete erstrecken sollen, auf denen sie am notwendigsten wären. (Große Unruhe links).

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) erklärte, der Brief des Herrn Stinnes an den Reichskanzler sei durch Indiskretion in ganz entstellter Form in die Presse gekommen.

Damit schließt die erste Beratung. Der Antrag der Deutschnationalen auf Ausschuhüberweisung ist abgelehnt.

Zur zweiten Beratung ist von den Kommunisten ein Antrag eingegangen, der verlangt, die Regierung möge das Verfahren gegen Komplotts gegen die innere und äußere Sicherheit des Reiches und Hochverrats gegen die Großindustriellen einleiten. Die mit General Degoutte und dem Vorsitzenden der Rheinisch-Kommmission die bekannten Verhandlungen geführt haben.

Abg. Vogt (Soz.) verlangt Sicherheiten dafür, daß die Erbschaften eine Unterfütterung erhalten, von der sie leben können.

Abg. Dr. Vetterlich (D.-N.) geht auf die Regierungserklärung zu den Verhandlungen ein und sagt dazu: Ganz behaglich ist mir nicht dabei. Wenn in einem solchen Falle und in einer solchen Lage des Reiches von einzelnen Personen Verhandlungen mit dem Gegner geführt werden, über die nicht vorher feste Vereinbarungen mit der Reichsregierung getroffen worden sind.

Abg. Koch-Weser (D.) behauptet, daß der Vertreter der Bayerischen Regierung in dieser ersten Lage des Reiches eine für die Autorität der Reichsregierung so verletzende Erklärung abgegeben (Lebhafte Zustimmung links).

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns verspricht eine grundlegende Änderung in der Erwerbslosenversorgung vorzunehmen.

Nach weiterer Debatte schließt die Aussprache. Unter Ablehnung aller Anträge wird § 1 angenommen mit dem Zusatz, daß die Leistungen aus der Erwerbslosenfürsorge aus dem Geleitz herausgelassen werden.

Französische Ablehnung von Verhandlungen mit der Reichsregierung

Jedoch Verhandlungen mit den Industriellen und den lokalen Behörden

Die Reichsregierung hat die deutsche Botschaft in Paris und die Gesandtschaft in Brüssel beauftragt, bei der französischen und belgischen Regierung nochmals wegen Erteilung einer definitiven Antwort auf die Anfrage vorzulegen zu werden, ob die beiden Regierungen jetzt bereit seien, mit Beauftragten des Reichsministeriums über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu verhandeln.

Man erinnert sich, daß die deutsche Regierung bereits jüngst den Wunsch ausgesprochen hat, die Einstellung des pass. Widerstandes zum Gegenstand einer Verhandlung zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch einen Reichskommissar, und den alliierten Behörden zu machen.

Die alliierten Regierungen wollen tatsächlich diese Frage nicht mit der deutschen Zentralregierung diskutieren, sondern mit den Behörden, die von Weilin aus bis jetzt den Widerstand gegen die Besetzung organisiert haben.

Die Zulassung der Berliner Delegierten zu den Verhandlungen ist also keineswegs erwünscht, noch nützlich; im Gegenteil, sobald die Einstellung des Widerstandes in der Praxis vollkommen sein wird, steht es dem Reichskanzler Stresemann frei, sich an die Reparationskommission zu wenden.

Die Sonderaktion der Ruhrindustriellen. Bei den Verhandlungen, die von deutschen Industriellen mit den französischen Besatzungsbehörden in Düsseldorf über die Wiederaufnahme der Produktion im Industriegebiet geführt worden sind, handelt es sich, bisher um zweierlei getrennte

Aktionen: Auf der einen Seite hat der Bergbauliche Verein, dem wohl so ziemlich alle Rechenbesitzer angehören, durch eine Deputation, die aus den Herren Stinnes, Bögl, Albiner usw. bestand, General Degoutte und seinen Untergebenen Vorschläge und Wünsche unterbreitet, die sich auf die Wiederaufnahme der Arbeit und die Lieferungen beziehen, ohne jedoch zu einem endgültigen Ergebnis zu gelangen.

Die „Presse“ schreibt dazu: Es ist zu befürchten, daß Einzelaktionen in dem besetzten Gebiet fertige Latbestände schaffen und die ganze Liquidation sich in einem regellosen Aufschubprozess verzettelt, bei dem die letzten Reste deutscher Souveränität verloren gehen.

Die Arbeitszeit im Bergbau. Bei der „Vorwärts“ teilt, hat auf die erste Nachricht von dem Beschluß der Bergwerksverwaltungen über Einführung der Vorkriegsarbeitszeit der preussische Handelsminister Stiering die staatslichen Begebenheiten sofort angewiesen, die Anordnung des Besetzungsverbandes nicht zu befolgen.

Englische Stimmen. Zu den von Stinnes namens der Ruhrindustriellen im Anschluß an die Unterredung mit den Franzosen an die deutsche Regierung gestellten Forderungen schreiben englische Blätter: Außer einer Kompensation für die beschlagnahmten Kohlen sowie der Übernahme der Lieferung aller Reparationskosten, ferner der Abschaffung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet und bevorzugte Belieferung desselben mit Kohlenstoffen und Lebensmitteln sowie die Abschaffung des Achtstundentages beanspruchen die Ruhrindustriellen die alleinige Autorität für die Fortführung der Verhandlungen sowie die Einwilligung der Regierung in die Schaffung einer Eisenbahnverleihe, wobei das Rheinland, Frankreich und die Industrie kooperieren sollen.

Die Nachricht erregt großes Erstaunen und verursacht vernichtende Kommentare. Die „Wall Mall Gazette“ sagt: „Stinnes und Genossen haben zuguterlet mit den Franzosen ihre Kräfte vereint, um der Berliner Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Es ist eine finstere Tatkunde, daß die Franzosen, während sie sich absolut weigern, mit Berlin zu sprechen, dem General Degoutte erlauben, mit Stinnes zu verhandeln.“

Der Kölner Korrespondent der „Times“ legt dar, daß für die französische Politik heute die Unterfütterung der Separatisten weniger wichtig ist als die schrittweise Erwerbung der Kontrolle großer Industriezentren und das allmähliche Niederbrechen des deutschen Charakters des besetzten Gebietes.

W.L.A. London, 9. Okt. Der Arbeiterführer Henderson forderte gestern abend in einer Rede in Nelson (Grafschaft Lancashire) die Regierung auf, unverzüglich eine nicht mißzuverstehende Erklärung über ihre Haltung angeht der neuen Lage im Ruhrgebiet abzugeben.

Kurze Nachrichten

Der Nachfolger Rheinbavens. Zum Nachfolger des zurückgetretenen Staatssekretärs der Reichskongie v. Rheinbaben ist, wie die Blätter melden, der völksparteiliche Abgeordnete Dr. Wolf in Aussicht genommen.

Aufgehobenes Verbot. Der Reichswehrminister Dr. Gessler hat an die Wehrkreisebefehlshaber nachfolgenden Befehl erlassen: Die Verordnung vom 1. Oktober über die Verbreitung von Nachrichten wird aufgehoben.

Vertreibung von Russen. Ein Berliner Blatt wollte wissen, daß General v. Lassow, der Befehlshaber des Wehrkreises 7 in München, demnach veretzt werde, da er einen Befehl, dem sich der bayerische Generalstaatskommissar v. Rohr widersetzt, nicht ausgeführt habe.

Minow trennt sich von Stinnes. Friedrich Minow, der bekannte Abteilungschef der Stinnes'schen Verwaltung, ist, wie die Blätter melden, aus den Stinnes'schen Diensten ausgeschieden.

Kommunisten und Sozialdemokraten in Sachsen. Die Verhandlungen zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten in der Frage der gemeinsamen Regierungsbildung in

Sachsen haben zu einer vollkommenen Einigung geführt. Es ist beabsichtigt, daß Kommunisten das Finanz- und das Kultusministerium erhalten. Die Landtagsitzung, welche die sogenannten Entwürfen des Ministerpräsidenten Reimer über den Reichswehrminister Gessler bringen sollte, ist wegen der Reise Dr. Reimers nach Berlin auf Donnerstag verschoben worden.

Badische Uebersicht

Verbot der Mannheimer „Arbeiterzeitung“. Die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Mannheim ist vom Befehlshaber des Wehrkreises V wegen Verstoß gegen das Republik-Schutzgesetz für die Zeit vom 10.—23. Oktober verboten worden.

Die Teuerung in Baden in der 2. Oktoberwoche. Die Landesindizes für die Lebenshaltungskosten (mit Bekleidung) stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Landesamts vom 8. Oktober auf 120 537 426,35 (1913/14 = 100). Die Steigerung der Lebenshaltungskosten mit Bekleidung gegenüber der Vorwoche (48 537 200,05) beträgt somit 159,1 Prozent.

Aus dem Offenburger Gebiet. Offenburg, 9. Okt. Die Nachricht, wonach General Degoutte den Kraftwagenverkehr zwischen Offenburg und Appenweier verboten habe, trifft nicht zu.

Den in den letzten Tagen gemeldeten Ausweisungen sind noch weitere nachgefolgt. Es wurden aus Offenburg ausgewiesen: der Hilfsfeldhüter Daniel Meier, der Wäbner und Installateur Adolf Burg, der Arbeitersekretär Karl Mah, der Zivilingenieur Ernst Sander.

Ein charakteristisches Flugblatt

Im Offenburger und Reblen Bezirk wird gegenwärtig in großer Zahl ein Flugblatt verbreitet, das die Überschrift trägt: „Wo führt das hin?“ Mit dem Flugblatt, das auch in Briefumschlägen an zahlreiche Einzelpersonen versandt wird, soll versucht werden, die Bevölkerung gegen Berlin und gegen die Preußen aufzuheizen.

Aus der Landeshauptstadt

Neue Erhöhung der Telegramm- und Fernsprechgebühren. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung erhöht ab 12. Oktober die Telegramm- und Fernsprechgebühren erneut.

Landestheater. Infolge des großen Erfolges der gestrigen Aufführung wird eine dritte Aufführung der „Josephslegende“ mit Emil Gedeonow und Ami Schwanninger am Donnerstag, den 11. abends 7½ Uhr stattfinden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen am 10. Oktober vorbörslich. Tendenz: steigend.

| | 10. Oktober | Kurs | Berlin Kurs v. 9. Okt. |
|------------|----------------|---------------|------------------------|
| Amsterdam | 860 000 000 | 473 812 500 | 476 187 500 |
| Kopenhagen | — | 211 497 000 | 212 563 000 |
| Napoli | — | 54 463 500 | 54 736 500 |
| London | 10 000 000 000 | 5 488 250 000 | 5 513 750 000 |
| Newport | 2 200 000 000 | 1 197 000 000 | 1 203 000 000 |
| Paris | 101 000 000 | 72 817 500 | 73 182 500 |
| Schweiz | — | 215 480 000 | 216 540 000 |
| Prag | 6 000 000 | 36 309 500 | 36 290 500 |

Die kleine Ziffer bedeutet die Juteilung in Prozent.

Ämtliche Dollarnotierung der Frankfurter Börse vom 9. Okt.: Geld 1596 000 000, Brief 1604 000 000.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Wandelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen: Letzter Kurs: (in Tausend Mark) 5% Badische Kohlenwert-Anleihe ca. 9 000 000

Notierungen an der Mannheimer Produktbörse am 8. Oktober 1923: Weizen 1350 Millionen Mark je Zentner, Roggen 1100 Millionen Mark je Zentner, Weu nicht notiert.